

# Reider Gemeinderat kürzt sich die Pensen

Da zu Monatsbeginn aufs Geschäftsführermodell umgestellt wurde, senken die Exekutivmitglieder Arbeitsaufwand und Entlohnung.

Markus Mathis

Anfang September hat in den Luzerner Gemeinden eine neue vierjährige Amtsperiode begonnen. In Nebikon und Altishofen sind nun mit Chantal Hofer und Jeannine Glanzmann zwei neue Gemeindepräsidentinnen im Amt. In Reiden nimmt der Gemeinderat in der neuen Legislatur vorab strategische und politische Verantwortung wahr und hat die operativen Entscheide an den interimistisch waltenden Geschäftsführer Emmanuel Hofer übergeben.

Wie er in einem Communiqué mitteilte, will der Gemeinderat Reiden sich als Konsequenz daraus selbst die Arbeitspensen kürzen. Diese sollen von 173 vergüteten Stellenprozenten in der abgelaufenen Amtsperiode auf 108 sinken. Fünf Gemeinderäte teilen sich so künftig ein wenig mehr als eine Vollzeitstelle. Daraus ergibt sich eine finanzielle Minderbelastung von rund 93 000 Franken für die Gemeinde, wie sich aus der Besoldungsverordnung errechnen lässt. Unter dem Strich allerdings wird die Gemeindeführung teurer, da ja auch ein Geschäftsführer zusätzlich angestellt wird.

«Wir reduzieren die Pensen in zwei Schritten, um die operativen Aufgaben geordnet an die Verwaltung zu übergeben», erklärt Gemeindepräsident Josua Müller (parteilos). Seinen zweiwöchigen Sitzungsrhythmus will der Gemeinderat bis Ende Jahr, bei einem Arbeitsaufwand von 123 Stellenprozenten, beibehalten. Ab Januar 2025 tagt er nur noch alle drei Wochen.

Parallel ist der Reider Gemeinderat dabei, einen definitiven Geschäftsführer auszuwählen, nachdem die erste Rekrutierungsrunde nicht klappte und man stattdessen für eine Stellvertretung einen Spezialisten aus Obwalden holte. «Wir sind im Moment mit verschiedenen Kandidaten im Gespräch und hoffen auf einen baldigen Abschluss», sagt Müller.

## Finanzen geben am wenigsten Arbeit

In seiner ersten Sitzung hat sich der Reider Gemeinderat auch konstituiert und die Zuständigkeiten wie erwartet festgelegt: Stellvertreter von Josua Müller als Gemeindepräsident bleibt Bauvorsteher Willi Zürcher (FDP), der schon bisher Gemeinde-Vizepräsident war. Bil-



Der neue Reider Gemeinderat (v. l.): Bruno Geiser, Marianne Schärli, Josua Müller, Renate Lang und Willi Zürcher.

Bild: zvg

dungsvorsteher bleibt Bruno Geiser (SVP), der Zürcher im Ressort Bau vertritt. Die beiden neugewählten Gemeinderätinnen übernehmen die Zuständigkeiten der beiden Abgetretenen: Renate Lang (Mitte) ist

fürs Ressort Finanzen und Sicherheit zuständig, das zuvor von Vera Schwyzer (parteilos) betreut wurde, und Marianne Schärli übernimmt das Ressort Gesellschaft, das bisher Esther Steinmann (IG Reiden) führte.

Beide Frauen vertreten sich bei Bedarf gegenseitig.

Die Reider Gemeinderäte werden ab nächstem Jahr nicht im gleichen Pensum für die Exekutive tätig sein. Für die Arbeit des Gemeindepräsidenten und

des Bauvorstehers setzt man 25 Stellenprocente ein, Sozialvorsteherin und Bildungsvorsteher arbeiten zu 20 Prozent, die Arbeit der Finanzvorsteherin wird mit 18 Stellenprozenten entlohnt.

## Franz Fuchs lud zur Famcop-Stubete ein



**Pfaffnau** Seit Jahrzehnten engagiert sich Franz Fuchs aus Pfaffnau musikalisch und ist auch als Komponist von Märschen unterwegs. Über die Zeit hinweg hat er bereits über 50 sogenannte Famcop-Stubeten organisiert, die er als unentgeltliche Musikförderung versteht. Der Jubiläumsveranstaltung im vergangenen Jahr folgte kürzlich an seinem Wohnort in Pfaffnau eine gemütliche Zusammenkunft, die auch als Dankeschön an alle Musizierenden, Partner und Helfer früherer Famcop-Stubeten gedacht war. Musik und Grill waren frei und Auftretende und Gäste genossen das eigene musikalische Wunschkonzert, den Spiel- und Jodler-Tag bei Hauswein, Mariannekuchen und Kaffee Luz. (zt) Bild: zvg

## Den Rucksack statt den Schulsack gepackt

Die Langnauer Schüler begaben sich auf ihre Herbstwanderung.

In der dritten Schulwoche trafen sich die Kinder der Schule Langnau zum ersten gemeinsamen Ausflug im neuen Schuljahr. Bei schönstem Spätsommerwetter stand die Herbstwanderung bevor. Mit geschnürten Wanderschuhen und gepackten Rucksäcken sammelten sich die rund 60 Kinder der ersten bis sechsten Klasse beim Schulhaus. Gemeinsam mit ihren Lehrpersonen ging es zu Fuss der Wigger entlang Richtung Dagmersellen und weiter übers Feld nach Altishofen. Nach der Znünpause trennten sich die Wege: Die jüngeren Kinder nahmen den direkten Weg zum Mittagstisch «Tannestöbli» in Richenthal, die älteren wanderten via Richenthaler «Huebäbni». Gemeinsam verbrachten dann alle die wohlverdiente Mittagspause. «Jetzt hani aber Hunger», war oft zu hören. Auf dem Grill brutzelten schon bald die ersten



Trinkpause auf der Herbstwanderung der Schule Langnau. Bild: zvg

Würste und auch Sandwiches, Gummibärli und Chips wurden aus den Rucksäcken geholt. Beim Spielen, Entdecken und Hüttenbauen im Wald verging die Zeit im Nu und schon hiess es alles zusammenpacken und

via «Franzweg» den Heimweg unter die Füsse nehmen. Etwas erschöpft und reich an Eindrücken von der schönen Landschaft und den gemeinsamen Erlebnissen kamen die Kinder zurück zum Schulhaus. (ma)

## Leserbrief

### Genug der Auflagen

Gemäss befürwortenden Leserbriefen zur Biodiversitäts-Initiative sind manche Autoren der Meinung, dass mit zusätzlichen Auflagen und Einschränkungen unsere Natur und Landschaft noch mehr

geschützt werden sollte.

Wer aber mit offenen Augen unsere Landschaften bewandert oder landauf und -ab mit dem Velo radelnd unterwegs ist, kann die vorhandene Naturvielfalt, je nach Vegetationsstand zahlreiche Blühstreifen im Kulturland,

artenreiche Hecken und Extensiv-Flächen nicht übersehen. Erfreulich und verdankenswert, dass so viele Bäuerinnen und Bauern sowie ebenfalls zahlreiche Besitzer von privaten Gärten bereits sehr viel und Nachhaltiges zum Schutz unserer wertvollen natürlichen

Lebensgrundlagen beitragen. Dass nun mit der vorliegenden Volksinitiative auch noch beim Ortsbildschutz sowie bei erneuerbaren Energien zusätzliche Auflagen anvisiert werden, erachte ich als übertrieben. Aus meiner Sicht sollte die Gesetzes- und Auflagenflut -

verbunden mit aufwändigen Verwaltungsverfahren - ohnehin eingeschränkt oder stattdessen auf sinnvolle Fördermassnahmen fokussiert werden.

Aus meiner Sicht gehören die anvisierten Biodiversitäts-Forderungen nicht zusätz-

lich in die Bundesverfassung, sowie nicht die Verknüpfung mit Ortsbildschutz und mit Projekten zur Produktion von erneuerbaren Energien. Also empfehle ich ein Nein am 22. September.

Alois Hodel, ehemals Luzerner Bauernsekretär, Egolzwil